

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

20. Juli 2015

Afghanistan

Ansprechpartner: Hr. Karl, Tel.: 7212

Sicherheitslage

Auch in der vergangenen Woche kam es wieder zu Kämpfen zwischen Aufständischen und Sicherheitskräften. Betroffen waren die Provinzen Kapisa, Maidan Wardak (Zentrum), Paktia (Südosten), Helmand, Nimroz, Uruzgan (Süden) und Laghman (Osten). In Nangarhar (Osten) gab es erneut gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Taliban und Anhängern des IS. Am 19.07.15 versuchten Taliban, den Distrikt Khwaja Ghar der nördlichen Provinz Takhar zu erobern. In sechs weiteren Städten der Provinz soll die Lage sehr angespannt sein. In der nördlichen Provinz Faryab sollen Taliban unter Führung von pakistanischen und usbekischen Kommandanten mindestens 40 Häuser im Distrikt Almar niedergebrannt haben. Die Provinz droht in die Hände der Taliban zu fallen, nachdem sich fast alle regierungsfreundlichen Milizen zurückgezogen haben. Die Hauptstadt Maymana soll ebenfalls bedroht sein. Hier wurden am 15.07.15 mindestens 24 Menschen verletzt, als eine Bombe vor einer Filiale der Kabul Bank explodierte. In der Provinz Logar (Zentrum) starben am 20.07.15 mindestens 14 afghanische Soldaten bei einem Angriff von US- Hubschraubern auf einen Kontrollpunkt der Armee. Der Vorfall wird noch untersucht.

Weiterhin gab es einen Selbstmordanschlag auf einen Polizeiposten in Helmand am 15.07.15 und einen Bombenanschlag auf ein Polizeifahrzeug in Kabul am 16.07.15, bei dem zwei Zivilisten verletzt wurden. Am gleichen Tag wurden mehrere Polizisten in Kandahar (Süden) gezielt getötet und die Häuser von Stammesältesten in Logar (Zentrum) angegriffen. In Maidan Wardak (Zentrum) starben am 16.07.15 vier Kinder bei der Explosion einer Landmine. Ebenfalls am 16.07.15 starb ein Polizist in Khost (Südosten) bei einem Selbstmordanschlag.

Irak

Ansprechpartner: Fr. Eskofier, Tel.: 7202

Schwerer Anschlag in der Provinz Diyala

Bei einem Attentat des IS auf einen belebten Marktplatz in Khan Bani Saad in der Provinz Diyala kamen am 17.07.15 mindestens 120 Menschen ums Leben, mehr als 130 wurden zum Teil schwer verletzt, als ein mit Sprengstoff beladener Kleinlaster explodierte, während die Menschen für das Fest des Fastenbrechens, Eid al-Fitr, einkauften. Bei den Opfern handelte es sich zumeist um Schiiten.

Der Anschlag in Khan Bani Saad ist einer der schwersten Anschläge in Irak seit dem Sturz von Saddam Hussein im Jahr 2003.

Offensive in der Provinz Anbar

Die irakische Armee begann am 13.07.15 im Westen des Landes mit einer großen Offensive gegen den IS, mit dem Ziel, die Provinz Anbar zurückzuerobern. An der Operation sollen die Schiitenmiliz Hashid Shaabi, Sicherheitskräfte und sunnitische Stämme beteiligt sein. Insgesamt sollen 10.000 Mann mobilisiert worden sein. Die hauptsächlich von Sunniten bewohnte Provinz ist eine der wichtigsten Hochburgen des IS. Die irakische Armee verkündete in den vergangenen Wochen des Öfteren den Start einer Offensive, ohne dass der IS tatsächlich zurückgedrängt werden konnte. Der IS hatte im vergangenen Jahr mehrere größere Städte der Region, darunter Ramadi, unter seine Kontrolle gebracht.

Türkei

Ansprechpartner: Hr. Kropf, Tel.: 7213

Verfassungsgericht hebt Gesetz auf

Am 14.07.15 hob das türkische Verfassungsgericht ein Gesetz als rechtswidrig auf, das die Abschaffung privater Nachhilfeschulen (Dershane) ab September 2015 vorsah. Millionen Schüler besuchen diese Nachhilfeeinrichtungen, um sich auf die Aufnahmeprüfungen an Gymnasien und Universitäten vorzubereiten. Das Gesetz war vor zwei Jahren unter dem damaligen Ministerpräsidenten Erdogan beschlossen worden, um damit eine Haupteinnahmequelle der Gülen-Bewegung zu beseitigen. Die Klage war von der Oppositionspartei CHP eingereicht worden. Der im vergangenen Jahr zum Staatspräsidenten gewählte Erdogan wirft dem in den USA lebenden islamischen Prediger Fethullah Gülen vor, er beabsichtige den Staatsapparat mit parallelen Strukturen zu unterwandern und plane einen Putsch.

Syrien

Ansprechpartner: Hr. Kropf, Tel.: 7213

Bestrafungen

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte hat der IS in Syrien während des Fastenmonats Ramadan 94 Personen gekreuzigt und ausgepeitscht, weil sie gegen das Fastengebot verstoßen hätten. Sie seien an zentralen Straßen und Plätzen in Eisenkäfige gesperrt worden.

Gefangene begnadigt

Nach Medienberichte haben die syrischen Behörden am 18.07.15 anlässlich des Fests zum Fastenbrechen mehrere hundert Gefangene begnadigt und aus dem Gefängnis entlassen. Die meisten von ihnen seien Oppositionelle oder Teilnehmer an regierungskritischen Protesten, die im März 2011 begonnen hatten.

Jemen

Ansprechpartner: Hr. de Haan, Tel.: 7210
Hr. Karl, Tel.: 7212

Aden weiterhin umkämpft

Jemens Exilregierung hat am 17.07.15 die vollständige Befreiung der südlichen Provinz Aden von der Besetzung der schiitischen Houthi-Miliz verkündet. Dutzende Kämpfer der von Iran unterstützten Houthi-Milizen hätten sich ergeben. Nach jemenitischen Angaben waren bereits am 16.07.15 mehrere Minister aus dem saudi-arabischen Exil in die strategisch wichtige Hafenstadt zurückgekehrt. Am 19.07.15 griffen die Houthi jedoch Aden erneut an. Dabei sollen mindestens 57 Zivilisten gestorben und 215 verletzt worden sein. Mehrere Stadtteile sind nach wie vor umkämpft.

Die Houthi-Miliz kontrolliert weiterhin die Hauptstadt Sanaa und weite Teile des Landes. Die von Saudi-Arabien geführte Allianz fliegt seit drei Monaten Luftangriffe auf Stellungen der Houthis im Jemen. Seit der Eskalation des Konflikts Ende März herrscht im Jemen eine humanitäre Krise. Mehr als 80% der 26 Mio. Einwohner sind auf Hilfe angewiesen, mehr als 3.200 Menschen starben bislang in dem Konflikt.

Ägypten

Ansprechpartner: Fr. Schäfer, Tel.: 7217

Todesurteile sollen vollstreckt werden

Nach einem Pressebericht, der sich auf Angaben eines ägyptischen Nachrichtenportals stützt, sollen die Todesurteile gegen Mohammad Badie, den obersten spirituellen Führer der Muslimbruderschaft und gegen seinen Stellvertreter Khairat Shatir bald nach dem Fest des Fastenbrechens in einem Gefängnis in Alexandria vollstreckt werden.

Tote bei Demonstration

Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Anhängern der Muslimbruderschaft und Sicherheitskräften kamen am 17.07.15 in Gizeh sechs Demonstranten ums Leben.

Angriffe des IS

Extremisten des ägyptischen Ablegers des IS griffen am 18.07.15 nahe der Ortschaft Scheich Suweid im Norden der Sinaihalbinsel einen Militärposten an und töteten mindestens fünf Soldaten. Am 16.07.15 ging bei Kämpfen zwischen den Extremisten und dem Militär nahe der Stadt Rafah ein Patrouillenboot des ägyptischen Militärs vor der Küste in Flammen auf.

Entwurf des Anti-Terror-Gesetzes wird geändert.

Der umstrittene Gesetzesentwurf, der für Journalisten beim Abweichen von der offiziellen Darstellung extremistischer Gewalttaten eine Mindesthaftstrafe von zwei Jahren vorsah, soll geändert werden. Die Haftstrafe soll durch eine hohe Geldstrafe (umgerechnet 23.000 bis 58.000 Euro) ersetzt werden.

Tunesien

Ansprechpartner: Fr. Rüniger, Tel.: 7218

Festnahmen

Nach dem Terroranschlag in Sousse vor etwa drei Wochen hat die tunesische Regierung ihren Kampf gegen Extremisten deutlich verschärft. Zwischen dem 11. und 17.07.15 wurden nach Angaben des Innenministeriums von Sicherheitsbehörden bei 845 Razzien 74 mutmaßliche Mitglieder von extremistischen Organisationen festgenommen. Am 20.07.15 werden die Außenminister der EU-Mitgliedstaaten über zusätzliche Unterstützungsmöglichkeiten für Tunesien beraten.

Algerien

Ansprechpartner: Fr. Rüniger, Tel.: 7218

Tote bei Anschlag auf einen Militärkonvoi

Am 17.07.15 wurden nach Angaben des algerischen Verteidigungsministeriums in der südöstlichen Provinz Ain Defla (140 Kilometer von Algier entfernt) bei einem Angriff auf einen Militärkonvoi mindestens neun Soldaten getötet und zwei verletzt. Zu dem Angriff bekannte sich am 18.07.15 in einem ins Internet gestellten Schreiben Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI), die von 14 getöteten Soldaten sprach.

Guinea

Ansprechpartner: Fr. Dietrich-Rieß, Tel.: 7219

Anklage gegen Camara

Der frühere Militärmachthaber Camara ist am 09.07.15 wegen seiner Verantwortung an der Tötung von über 150 Menschen im Stadion von Conakry 2009 angeklagt worden. Außer ihm sind 13 weitere Mitglieder der damaligen Militärregierung angeklagt, acht wurden bereits verurteilt. Camara hat angekündigt, bei den Präsidentschaftswahlen in Guinea im Oktober 2015 zu kandidieren.

Burundi

Ansprechpartner: Hr. Spörl, Tel.: 7318
Hr. Seidens, Tel.: 7317

UN-Sonderberichterstatter fordern UN-Sicherheitsrat zum Handeln auf

In einer gemeinsamen Stellungnahme forderten sieben UN-Sonderberichterstatter den UN-Sicherheitsrat am 16.07.15 auf, einen angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen drohenden Ausbruch von Gewalt zu verhindern. Die Welt sei Zeuge einer Eskalation politisch motivierter Gewalt. Die für den 21.07.15 geplanten Wahlen würden sehr wahrscheinlich zu größerer Instabilität und Auseinandersetzungen in Burundi führen, die sich auf die Region auswirken könnten. Die Experten forderten, sofort die regierungsnahe Miliz Imbonerakure zu entwaffnen, die Gewalt gegenüber der Bevölkerung ausübe.

Rund 145.000 Burunder flohen bislang in die Nachbarländer.

Somalia

Ansprechpartner: Fr. Schäfer, Tel.: 7217

Sicherheitslage

Bei einem Autobombenangriff auf einen Konvoi von AMISOM- und Regierungseinheiten und anschließendem Feuergefecht kamen am 19.07.15 in der südsomalischen Stadt Manas mindestens zwölf somalische Soldaten und Angehörige der AMISOM sowie zehn Kämpfer der al-Shabaab ums Leben.

Bei Drohnenangriffen der USA in Bardheere (Region Gedo) wurden am 15.07.15 zwei Kommandeure der al-Shabaab getötet. Am selben Tag sollen nach unterschiedlichen Angaben aus Regierungskreisen Kenias bei einem Angriff kenianischer Einheiten ebenfalls in der Region Gedo 30 oder 51 Extremisten ums Leben gekommen sein. Bei einem Feuergefecht zwischen kenianischen Soldaten und al-Shabaab-Kämpfern nahe der Kleinstadt Elade (Region Gedo) wurden am 15.07.15 sieben al-Shabaab-Angehörige getötet.

Bei einem Angriff auf einen Militärstützpunkt in der Region Middle Shabelle töteten al-Shabaab-Kämpfer am 13.07.15 mindestens vier Soldaten.

Das derzeitige Vorgehen gegen al-Shabaab sehen Beobachter im Zusammenhang mit dem Besuch von US-Präsident Obama in Kenia am 24.07.15 zum Weltgipfel des Unternehmertums.

Nigeria

Ansprechpartner: Hr. Nadwornicek, Tel.: 7316

Auswechslung der Militärführung

Am 13.07.15 entließ Staatspräsident Buhari die oberste Militärführung, den nationalen Sicherheitsberater sowie den militärischen Geheimdienstchef. Neuer Generalstabschef ist Abayomi Gabriel Olonishakin. Oberkommandierende der drei Teilstreitkräfte sind T. Y. Buratai (Armee), Ibok-Ete Ekwe Ibas (Marine) und Sadique Abubakar (Luftwaffe). Der Armeechef sowie der neu ernannte nationale Sicherheitsberater Monguno stammen aus Borno, dem vom Boko-Haram-Konflikt am stärksten betroffenen Bundesstaat. Mit dem Personalaustausch reagierte Buhari u.a. auf die seit seinem Amtsantritt einsetzende Welle von Selbstmordattentaten, Bombenanschläge und mehreren Angriffen der Boko Haram auf Dörfer, die seither über 600 Todesopfer forderten.

Viele Tote bei Angriffen und Selbstmordanschlägen der Boko Haram

Laut Pressemeldung vom 14.07.15 griffen am 11.07.15 Kämpfer der Terrororganisation Boko Haram im Bundesstaat Borno, Monguno Local Government Area, die drei Dörfer Kalwa, Misala und Gwollam an. Sie töteten insgesamt 43 Menschen, brannten Häuser nieder und raubten Lebensmittel.

Am 14.07.15 attackierten Kämpfer der Boko Haram die nur weniger Kilometer von der Grenze zum Niger entfernte Stadt Damasak. Es wurden mehrere Menschen getötet und Häuser niedergebrannt. Erst einige Tage vorher waren die tschadischen und nigrischen Soldaten, die in der Stadt stationiert waren, abgezogen.

Am 16.07.15 erfolgte ein Doppelbombenanschlag auf einem Markt der Stadt Gombe, Hauptstadt des gleichnamigen Bundesstaates. Zunächst sprengte sich eine Attentäterin in die Luft. Wenige Minuten später detonierte eine versteckte Bombe. Rund 50 Menschen wurden getötet, etwa 70 verletzt.

Am 17.07.15 zündeten zwei Selbstmordattentäterinnen – eine ältere Frau und ein etwa zehnjähriges Mädchen – in der Stadt Damaturu, Hauptstadt des Bundesstaates Yobe, am Eingang zu einer unter freiem Himmel gelegenen muslimischen Gebetsstätte jeweils eine Bombe. Hierbei starben insgesamt elf Menschen.

Kamerun

Ansprechpartner: Hr. Nadwornicek, Tel.: 7316

Doppelselbstmordanschlag in Fotokol

Am 12.07.15 sprengte sich nach Sonnenuntergang in der Stadt Fotokol (an der Grenze zu Nigeria, Region Extrême-Nord) eine Selbstmordattentäterin in einer Bar in der Nähe eines Militärlagers in die Luft. Als sich kurz darauf Soldaten der Bar näherten, zündete eine zweite Attentäterin ebenfalls einen Sprengsatz. Bei dem Anschlag wurden einschließlich der Attentäterinnen mindestens 13 Personen, darunter ein Soldat aus dem Tschad, getötet. Unter den 17 Verletzten waren vier tschadische und drei kamerunische Soldaten. Da beide Frauen Burkas getragen hatten, verbot der Gouverneur der Region am 15.07.15 das Tragen von Burka und Gesichtsschleier. Ferner wurden unerlaubte Versammlungen von Muslimen in größeren Gruppen verboten.

Ukraine

Ansprechpartner: Hr. Zohsel, Tel.: 7221

Separatisten kündigen Abzug schwerer Waffen an

Die prorussischen Separatisten in der Ostukraine kündigten am 19.07.15 den Abzug schwerer Waffen von der Frontlinie noch für den gleichen Tag an. In Abstimmung mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sollen Waffen mit einem Kaliber von 100 Millimetern mindestens drei Kilometer von der Front abgezogen werden. Die Separatisten betonten, sie wollten keine neuen Gewaltexzesse provozieren und einen einseitigen Schritt Richtung Frieden aufzeigen.

Debatte über Verfassungsreform für Sonderstatus der Ostukraine

Am 16.07.15 begann das ukrainische Parlament mit einer Debatte zur Verfassungsreform, wonach die lokale Selbstverwaltung in den von Kiew abtrünnigen Gebieten durch ein Sondergesetz geregelt wird. Gegen Zugeständnisse für die Separatistengebiete sind vor allem nationalistische Abgeordnete. In erster Lesung wurde über eine Verfassungsreform mit dem Ziel der Dezentralisierung debattiert. Der Verfassungsentwurf sieht mehr Befugnisse für die Rebellengebiete in der Ostukraine vor. Die Gebiete unter ihrer Kontrolle sollen aber nicht, wie von den Separatisten gewünscht, den Status der Halbautonomie erhalten. Die Verfassungsreform zur Dezentralisierung wird als ein wichtiger Schritt für den Friedensprozess in der Ostukraine und zur Beendigung des bewaffneten Konflikts gesehen. Bei erfolgreichem Votum soll im Herbst eine zweite Lesung stattfinden. Die Verfassungsreform muss dann mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden.

Acht getötete Soldaten in der Ostukraine

Bei Gefechten mit prorussischen Separatisten wurden nach Meldungen des ukrainische Sicherheits- und Verteidigungsrat vom 15.07.15 innerhalb von 24 Stunden in der Ostukraine acht Soldaten getötet und außerdem 16 verletzt. Bei den jüngsten Opfern handelte es sich um die höchste Zahl seit fünf Wochen. Die ukrainische Regierung warf den Separatisten vor, Artillerie eingesetzt zu haben, was gemäß den Minsker Vereinbarungen untersagt ist.

Russische Föderation/Nordkaukasus

Ansprechpartner: Hr. Brenner, Tel.: 7311

Terrororganisation bekennt sich zum IS

Die islamistische Terrororganisation Kaukasisches Emirats existiert seit rund acht Jahren. Sie beansprucht den Nordkaukasus für sich, ein Gebiet der Russischen Föderation, das u.a. die Republiken Tschetschenien, Dagestan und Inguschetien miteinschließt. Die Kontrolle über das Gebiet hat die Organisation nicht, sie verübt jedoch regelmäßig Terroranschlägen, um auf sich aufmerksam zu machen. Vor kurzem war die islamistische Gruppierung wieder Top-Thema in russischen Medien. Über eine Botschaft im Internet hat sie sich dem IS angeschlossen. Die Antwort von dort kam prompt: Der IS-Sprecher Abu Muhammad Al-Adnani erklärte die selbst ernannten Gotteskrieger zu Mitgliedern des IS und rief im Nordkaukasus ein neues Gouvernement aus. Kaukasus-Experten befürchten dadurch eine zunehmende Destabilisierung der Nordkaukasus-Region. Zur Stärke- und Machtdemonstration könne eine Serie von Terroranschlägen durch die neuen Gotteskrieger nicht ausgeschlossen werden. Hinzu käme, dass der IS nicht nur um Nachschub an Waffen, sondern auch um zusätzliche Kämpfer gebeten wird. Das Antiterroristische Zentrum der GUS-Staaten geht von bislang rund 5.000 russischen Staatsbürgern aus, die in den Irak und nach Syrien gereist sind und sich dort der Terrororganisation IS angeschlossen haben.

EJR Mazedonien

Ansprechpartner: Fr. Todt-Arnold, Tel.: 7321

Regierungskrise beigelegt

Nach mehreren Anläufen einigten sich am 24.04.15 Regierung und Opposition unter EU-Vermittlung auf vorgezogene Parlamentswahlen (vgl. BN v. 15.06.15; 26.05.15). Zum 01.09.15 will die Opposition ihren Parlamentsboykott beenden und im Oktober einen neuen Innenminister ernennen. Zum 15.01.16 soll Ministerpräsident Gruevsky zu Gunsten einer Übergangsregierung zurücktreten.

Hintergrund

Der Konflikt zwischen Opposition und Regierung begann nach den vergangenen Wahlen, weil die unterlegenen Sozialdemokraten (SDSM) der Regierungspartei (VMRO-DPMNE) Wahlbetrug vorwarfen und seitdem das Parlament boykottieren. Ein Abhörskandal, Massenproteste und eine bislang ungeklärte Polizeiaktion mit mehreren Toten in Kumanovo (vgl. BN vom 18.05.15; 11.05.15; 27.04.15) spitzten die Lage so zu, dass die EU eingriff.

Kosovo

Ansprechpartner: Fr. Todt-Arnold, Tel.: 7321

Anti-Radikalismus-Strategie verabschiedet

Im August will die kosovarische Regierung eine Anti-Radikalismus-Strategie im Kampf gegen den islamistischen Terror verabschieden. Ein Gesetz, das den Kampf in fremden Armeen verbietet, wurde im März verabschiedet. Auch das Oberhaupt der Muslimischen Gemeinschaft, Mufti Naim Ternava, sprach sich öffentlich gegen den IS aus und nannte ihn einen „Feind des Islams“, er rief die Bürger auf, den Terroristen nicht zu folgen.

Laut den Äußerungen eines KFOR-Generals sei das Land durch Terroristen aber nicht mehr bedroht als andere Länder. Die Kosovo Polizei mache einen tollen Job sowohl bei der Prävention als auch bei der Verfolgung.

Hintergrund

Sicherheitsexperten berichten immer wieder von Rekrutierungsversuchen. Die große Armut und Arbeitslosigkeit sind Faktoren, die Rekrutierungen befördern. Laut offiziellen Angaben sind mehr als 200 Kosovaren als aktive Kämpfer in den Irak und nach Syrien gegangen.

Der Einfluss wahhabitischer Strömungen nimmt seit Jahren zu. Anfang Juni wurde ein Video mit dem Titel „Die Ehre liegt im Dihad, eine Botschaft an den Balkan“ veröffentlicht, in dem auf die Geschichte der Muslime auf dem Balkan verwiesen wird und IS-Kämpfer aus Balkanstaaten ihre Landsleute auffordern, für den IS in den Irak und nach Syrien zu gehen. Wer nicht gehen könne, solle die „Diktatoren“ auf dem Balkan bekämpfen: „Wenn Du kannst, stell Sprengstoff unter ihre Autos, in ihre Häuser. Wenn Du kannst, nimm Gift und schütte es in ihre Getränke“, hieß es da.

Am 11.07.15 wurden fünf mutmaßliche IS-Anhänger festgenommen, die einen Anschlag auf die Trinkwasserversorgung geplant haben sollen.

Nordkorea

Ansprechpartner: Hr. Seidens, Tel.: 7317

Kommunalwahlen in Nordkorea

Bei den ersten Kommunalwahlen in Nordkorea unter Machthaber Kim Jong Un hat die Beteiligung nach offiziellen Angaben bei 99,97 % gelegen. Das kommunistische Regime ließ dabei Volksvertreter auf Provinz-, Stadt- und Kreisebene wählen. Wie die Wahlen zum nordkoreanischen Parlament gelten auch die alle vier Jahre stattfindenden Kommunalwahlen als reine Formsache, da die Wahlberechtigten pro Gemeinde nur mit Ja oder Nein für einen von der Arbeiterpartei ausgesuchten Kandidaten stimmen können.

Nach Meinung von Experten ermöglichen Wahlen in Nordkorea dem Regime, die Bevölkerung zu kontrollieren. „In Zeiten, in denen viele Nordkoreaner auch die Grenze zu China überqueren, gehen Wahlen auch mit einer Art Volkszählung einher“, hieß es.